



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 690

P/VIII/209 - 9.9.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

Internationale Auswirkungen des 6. September	S. 1
Die Europa-Politik der USA	S. 3
Niedersachsen-Koalition gefährdet?	S. 5
<u>Anhang</u> : Tagung des Parteivorstandes	

## Die Aussichten für "Lugano"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

(sp) Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der westdeutschen Wahlergebnisse meldete eine amerikanische Nachrichtenagentur aus Moskau, man sei dort in Kreisen westlicher Diplomaten "mehr denn je" im Zweifel, ob die Sowjetregierung die Einladung zur Luganokonferenz annehmen werde. Statt dessen werde damit gerechnet, dass der Kreml seinen Vorschlag einer Viererkonferenz auf höchster Ebene wiederholen werde. Sollte eine solche Konferenz mit einem Misserfolg enden, so würde damit "nach hiesiger Ansicht" der Status des geteilten Deutschlands verewigt werden.

Es ist immer Vorsicht angebracht, wenn sich die Diplomaten draussen vor den Mauern des Kremles den Kopf über die Männer, die drinnen im Kreml beraten, zerbrechen. Denn es handelt sich dabei weniger um eine auf echte Informationen aufgebaute Analyse wirklicher Erwägungen oder Entscheidungen, als um den Versuch, die öffentliche Meinung des Westens im voraus zu beeinflussen, damit sie dann auf die Sowjets zurückwirken kann. Fest steht bisher nur das eine: Das amtliche Moskau hat die ablehnende Haltung der Regierung Eisenhower gegenüber Churchills Vorschlag am 11. Mai, eine Konferenz auf höchster Ebene "ohne Verzögerung" abzuhalten, <sup>sehr</sup>

übel vermerkt. Bekanntlich fand das Treffen der "vier Grossen" keineswegs ohne Verzögerung statt, sondern es wurde auf unbestimmten Termin verschoben. Daran war nicht nur Churchills plötzliche Erkrankung schuld. Seither dürfte es der Sowjetunion schwer fallen, zu glauben, dass eine Konferenz der vier Staatschefs in naher Zukunft, etwa gar ehe die Ergebnisse einer Koreakonferenz bekannt sind, stattfinden wird. Würde Moskau die Einladung zum Aussenministertreffen in Lugano ablehnen, dann wäre es sich gleichzeitig klar dar-über, dass in der Frage: Europäische und deutsche Verständigung oder weitere Spaltung und verschärfter Rüstungswettlauf, auf abschbare Zeit überhaupt kein Ost-Westgespräch mehr geführt wird.

Dass sich die Sowjetunion für eine solche "Lösung", also für den unglückseligen status quo entscheidet, ist möglich, aber keineswegs sicher. Gerade der Ausfall der Wahl vom 6. September müsste eigentlich das Gegenteil bewirken. In ihrer Begeisterung über Adenauers Erfolg haben die Amerikaner sogleich damit begonnen, Stimmung für Neuwahlen in Italien zu machen und ihren Druck auf die EWG-Gegner in Frankreich zu verstärken. Sie wollen einen "Drätsch" zugunsten der "Politik der Stärke" in allen sechs Kleineuropaländern hervorrufen. Bliebe die Sowjetunion passiv, dann würde sie die Chancen eines solchen Unternehmens vergrössern. Sie könnte in Lugano vielleicht keine Wiedervereinigung erreichen, aber es wäre möglich, ein Programm der Neutralisierung weiter Teile von Mitteleuropa immerhin mit grosser Eindringlichkeit der europäischen Öffentlichkeit darzulegen. Zu verlieren hätte sie in Lugano nichts.

Dean die "Demaskierung der wahren Absichten des Bolschewismus", die Adenauer und Dalles verschweigt, ist eigentlich schon überholt durch die Panfarenstösse jener abendländischen Kreuzfahrer, die die deutsche Sowjetzone und Polen "befreien" wollen. Die Aufrichtigkeit seines Verhandlungswillens und seines Angebots, auch das Sicherheitsbedürfnis der Sowjets zu berücksichtigen, wird nun überall, besonders auch in Paris und London, angezweifelt. Er rechnet so offenkundig mit der inneren Aushöhlung und dem Sturz der Sowjetmacht, dass er in seiner Eigenschaft als möglicher Unterhändler weit eher sich selber demaskiert als den Gegenpart.

Diese Demaskierung wieder, in ihren Rückwirkungen auf andere westliche Nationen, auszuwerten, könnte für Moskau ein lockendes Ziel sein. Wer in Deutschland nicht an die baldige Selbstvernichtung des Sowjetsystems glaubt und im Interesse der Wiedervereinigung den Verhandlungsweg beschreiten möchte, könnte, wenn die Sowjetregierung so spekulierte, in diesem speziellen Punkt mit ihr einig gehen. Freilich wir behaupten nicht, die Fähigkeit zu haben, durch die Mauern des Kreml zu schauen.

Wohin steuert die amerikanische Europa-Politik?

H.S., New York, Anfang September

Staatssekretär John Foster Dulles dürfte in den letzten Tagen und Wochen der meist kritisierte und meist angegriffene amerikanische Staatsmann gewesen sein. Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang zuerst an die reichlich taktlose Art zu denken, mit der er, drei Tage vor der westdeutschen Bundestagswahl, ganz offiziell und uningeschränkt für Adenauers Koalitionsparteien eintrat und ihre Niederlage als katastrophalen Rückschlag und - letzten Endes - russischen Triumph bezeichnete.

Diese einigermaßen überraschende Stellungnahme eines führenden amerikanischen Staatsmannes zu einem innenpolitischen deutschen Problem hat sogar in Dulles unmittelbarer Umgebung Entsetzen erregt. Die meisten amerikanischen Zeitungen waren sprachlos ob dieser Ungeschicklichkeit, und auch Präsident Eisenhower war alles andere als entzückt und suchte, den Schaden irgendwie zu reparieren. Politische Kreise Washingtons wiesen auch vielfach darauf hin, dass in der deutschen Bundesrepublik parteipolitisch vom amerikanischen Standpunkt aus geradezu ideale Verhältnisse herrschen, da sowohl Regierungskoalition als auch die massgebliche Oppositionspartei strikt anti-kommunistisch und "westlich" eingestellt seien, wenn auch mit unterschiedlichen Programmen natürlich; da also ein Sieg einer kommunistischen oder pro-russischen Richtung in keiner Weise in Betracht kam, wäre es Aufgabe einer vernünftigen amerikanischen Politik gewesen, die Hände aus diesem Wahlkampf heraus zu lassen und sich für unbeteiligt-neutral zu erklären.

Dulles, der sonst eigentlich ein besonnenes Mann ist und genau weiss, was er sagt, hat darüber hinaus auch noch in andere schwebende Fragen Europas eingegriffen und dabei eine ebenso wenig glückliche Hand gehabt. Seine Erklärung, im Triest-Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien stehe Amerika nicht mehr auf dem Boden der Erklärung von 1948 (die damals, als Jugoslawien noch stalinistisch war, eindeutig Italien unterstützte), musste er nach-

früglich korrigieren lassen, - mit dem Erfolg, dass nunmehr weder Italien noch Jugoslawien wissen, woran sie sind, und wo Amerika steht.

#### Das Ansehen der USA gesunken

Diese beiden Ungeschicklichkeiten des Staatssekretärs würden zweifellos bereits genügen, der Stimme der Kritik weiten Raum zu eröffnen. Aber sie stehen nicht alleine da, - und sie sind nicht einmal, plaziert man sich einmal auf einen weltweiten Standpunkt, die wichtigsten. Jeder amerikanische Reisende, der letzthin aus dem Ausland - und vornehmlich aus Europa - zurückkehrte, gab seine Eindrücke in dem einen zusammengefassten Satz klipp und klar wieder: das Ansehen der USA ist gesunken, nahezu bis auf den Nullpunkt; die Sympathien, deren sich Amerika in den ersten Nachkriegsjahren erfreute, sind verschwunden, und die Zahl derer, die für die amerikanische Massenpolitik noch Enthusiasmus aufbringen, sei minimal geworden. Das ist das allgemeine Urteil: jeder amerikanische Journalist sagt das gleiche, Adlai Stevenson, von seiner Weltreise zurückkehrend, sagt das gleiche, und Hunderte von ernst zu nehmenden Persönlichkeiten haben, auf Grund persönlich in Europa gesammelter Erfahrungen, in den letzten Monaten Washington beschworen, eine "elastischere" Massenpolitik zu betreiben, nicht mehr an verbrauchten Formeln festzuhalten und gegenüber den Tendenzen der öffentlichen Meinung des Auslandes nicht länger blind zu sein.

#### Angst vor Mc Carthy

Adlai Stevenson hat erklärt, der Hauptgrund, warum Amerika soviel Ansehen und Anerkennung im Ausland verloren habe, sei der Vorstoß des "McCarthyismus" in Amerika gewesen: damit habe Amerika das Recht eingebüßt, Wortführer des Geistes der Freiheitlichkeit zu sein, - und aus lauter Angst vor Mc Carthy und seinen Freunden wage kein amerikanischer Staatsmann oder Diplomat mehr, neue Ideen zu äussern, elastische Diplomatie gegenüber Moskau zu empfehlen oder visionäre Pläne einer kühnen konstruktiven Friedenspolitik zu schmieden. Der kluge Sprecher der demokratischen Oppositionspartei hat sicherlich mit dieser Analyse ins Schwarze getroffen; ein amerikanischer Staatsmann, der, etwa wie Churchill vor einigen Monaten, heute ein konstruktives Verständigungsprogramm

mit Moskau entworfen würde, hätte vermutlich damit zu rechnen, dass ihn Stimmen aus McCarthys Gefolgschaft des Verrats oder zum mindesten der Kapitulation bezichtigen würden.

Darin liegt natürlich eine Art Entschuldigung für Dulles und die gesamte Regierung. Wenn Washington sich strikt weigert, Rot-China in die UNO hineinzulassen oder eine elastische Alternative zum Plan der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auch nur zu diskutieren oder durch diplomatische Kontakte mit Moskau herauszufinden, was Malenkow eigentlich will und welche schwachen Stellen sich in seiner Strategie finden, - dann geschieht das alles zum grossen Teil darum, weil in der Tat ein beachtlicher Sektor der amerikanischen Volksstimmung die Regierung unter Druck setzt, und weil wirklich zahllose Amerikaner es Eisenhower und Dulles tutübel nehmen und niemals verzeihen würden, wenn sie plötzlich das kommunistische China diplomatisch anerkennen würden.

#### Die Gefahren einer starken Politik

Ebenso wirkt sich eine nicht sehr tief schürfende Volksstimmung in bezug auf Europa aus: Amerika, so sagen viele Leute im Lande, habe eine Anzahl Freunde in Europa, und diese seien bereit, mit den USA zusammen bewaffnet und abwehrbereit den Russen gegenüberzutreten; jeder Europäer, der vorschlägt, dass es auch noch andere Methoden gebe, das freie Europa am Leben zu erhalten, und der vielleicht das Experiment vorschlägt, mit Malenkow zu verhandeln oder gar Handel zu treiben, - ein solcher Europäer ist demgemäss kein "Freund Amerikas" mehr, und man muss uns so starrer an den "zuverlässigen" Freunden festhalten. Dieser über-vereinfachenden Ansicht populärer Zeitungen und effekt-haschender Volksredner entspricht das starre Festhalten an der einmal beschlossenen "starken" Politik. Ob es der massiven Kritik, der sich Dulles nunmehr gegenüber sieht, und den zahllosen Warnungen aus dem Ausland, die nach Washington dringen, gelingen wird, das Steuer ein wenig herumzuwerfen, ist ungewiss.

Niemand verlangt natürlich von Eisenhower, dass er plötzlich um jeden Preis eine Verständigung mit Moskau sucht und gleichsam vor der russischen Drohung mit der Wasserstoffbombe kapituliert. Aber Aufgabe der Diplomaten ist es nun einmal, ständig nach neuen Kanälen Ausschau zu halten, die ein Gespräch von Staat zu Staat aufkommen lassen können, sich immer den Erfordernissen des Tages anzupassen und vor allem sorgsamste Tuschfühlung mit Freunden und Verbündeten aufrechtzuhalten, auch um den Preis ernster Opfer und Konzessionen. In dieser diplomatischen Geschmeidigkeit lässt es das Staatsdepartement heute leider oftmals fehlen.

+ + +

#### Die Hypothek der niedersächsischen CDU

-dt, Hannover

Man kann die Zahlen aus den einzelnen niedersächsischen Bundestagswahlkreisen drehen wie man will, alle Berechnungen münden in der Erkenntnis, dass die CDU den Rechtsradikalismus aufgesogen hat. In Wilhelmshaven haben die 18 000 SRP-Wähler von 1951 nicht den Oberst a.E. Hans Heinrich Scheffer gewählt, den die DRP präsentierte (er bekam nur die 4 000 DRP-Traditions-Stimmen), sondern den Vizeadmiral a.D. Heye, in dessen Landesliste an erster Stelle der Name des Bundeskanzlers stand. In Diepholz, wo der ehemalige Staatssekretär von Goebbels, Werner Naumann, wegen "standrechtlicher Entnazifizierung" nur im Geist

für Adolf von Thadden fecht, erhielt die DRP von 17000 bekannten rechtsradikalen Stimmen nur 5000 und selbst der Favorit in diesem Kreis, Bauer Ostermann, der 1951 hier den Landtagssitz für die SRP kassierte, erhielt jetzt, da er für die FDP kandidierte, nur zusätzliche 7000 Stimmen zu dem bereits vorhandenen FDP-Stamm von 3000. Die Landesliste der CDU aber schnellte von einst 20000 auf 29000 hoch.

In den anderen ehemaligen SRP-Wahlkreisen war es nicht anders. Die CDU in Niedersachsen geht also mit einer speziellen Hypothek belastet an ihre zukünftige Arbeit. Ihr nämlich wird es jetzt obliegen, dass der bei ihr untergetauchte Rechtsradikalismus nicht wieder hochkommt. Solange diese Hypothek nicht die kommende Gesetzesarbeit beeinflusst, hat die Öffentlichkeit keine Ursache, darüber zu klagen.

Schwer angeschlagen hat die DP den Pyrrhus-Sieg von acht direkten Mandaten gefeiert. Bei der Siegesfeier wurde verschwiegen, dass davon vier Wahlkreise (darunter zwei alte DP-Hochburgen) eigentlich der CDU gehören müssten, weil die Partei des Kanzlers dort weitaus mehr Stimmen erhielt als die DP, und dass der Wahlkreis Hameln nur mit Hilfe der CDU "erobert" wurde. Allein auf sich gestellt, liegt die DP hier an hoffnungsloser dritter Stelle. Der Bundeskanzler kann also bei jeder passenden Gelegenheit der DP das "Gewicht" ihrer acht Mandate verrechnen. Für die DP bleibt die bittere Erkenntnis, dass sie nur mehr drei Wahlkreise ihr eigen nennen kann. In zweien davon ist ihr die CDU bereits bedenklich nahe gerückt. Der Verlust von 148 000 Stimmen lässt sich eben nicht so einfach wegfeiern.

Mit dem verringerten Volumen ist der DP keinesfalls auch der Appetit geschwunden. Schon gehen in Hannover Gerüchte, dass Hellwege auf den Stuhl des Ministerpräsidenten von Niedersachsen spekuliere, weil der verkleinerten DP in Bonn nicht mehr zwei Regierungssitze zustünden. Unterstützt wird diese Version dadurch, dass es der niedersächsischen CDU an Persönlichkeiten mangelt. Ihr Spitzenreiter ist heute der ehemalige Justizminister Hofmeister, ein achtbarer, sachkundiger Mann, der in der Staatskanzlei hinter dem Schreibtisch wahrscheinlich eine bessere Figur abgeben würde als Hellwege. Aber abseits von der nüchternen Schreibtischarbeit fehlt ihm zu einer mitreissenden Persönlichkeit das Quentchen Öl, mit dem man im Altertum die Könige zu salben pflegte.

Wie sich die Dinge in Niedersachsen entwickeln werden, ist zunächst nicht abzusehen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass der BHE der Versuchung, sich an den Bundeskanzler um den Preis der Sprengung einer Landesregierung zu verkaufen, widerstehen wird, auch wenn diese Versuchung sicher gross ist. Eine Auflösung des Landtages wäre nur mit 2/3 Mehrheit, also nur mit der SPD zu erreichen. Es ist aber fraglich, ob der bürgerliche Ruf nach Neuwahlen so ernst gemeint ist, wie er schnell ertönte, denn mit Ausnahme der CDU, die sich auf Kosten ihrer Partner kräftig regeneriert hat, und der SPD, die gegenüber den Landtagswahlen von 1951 rund 30.000 Wähler hinzugewann, haben die anderen Parteien alle Ursache, Neuwahlen zu scheuen. Andererseits ist der Landtag erst zwei Jahre in Tätigkeit und bisher wurde gerade von denen, die heute nach Neuwahlen rufen, immer die These vertreten, dass Bundespolitik und Länderpolitik auf verschiedenen Ebenen liegen.

## Erkenntnisse und Schlussfolgerungen

In einer gründlichen Diskussion behandelte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Dienstag und Mittwoch das Ergebnis der Wahlen vom 6. September, nachdem der Vorsitzende Erich Ollenhauer einen Überblick und eine erste Analyse gegeben hatte. Die Mitglieder des Vorstandes, die in führender Funktion in den Ländern tätig sind, ergänzten diese Darstellung durch Einzelberichte über die Entwicklung in ihren Ländern, gerade auch im Hinblick auf die kommenden Wahlentscheidungen auf Landesebene. Der Vorstand beschloss einstimmig die folgende Erklärung zu den politischen Erkenntnissen und Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis:

Die Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag hat der SPD einen Zuwachs von über einer Million Stimmen gebracht. Aber die SPD hat ihr Ziel nicht erreicht, als stärkste Fraktion im neuen Bundestag ausschlaggebend für die Bildung einer neuen Bundesregierung zu werden. Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkampf gegen eine Flut von Verleumdungen und gegen den Versuch kämpfen müssen, die SPD als national-unzuverlässig in der Abwehr des Bolschewismus zu diffamieren. Allen Mitgliedern und Helfern der SPD gebührt Dank für die Aufopferung, mit der sie gegen diese Flut angekämpft und dafür gesorgt haben, dass die Politik der Sozialdemokratie neue Freunde und Mitstreiter gewonnen hat. Schon die nächste Zukunft wird erweisen, von welcher staatspolitischen Bedeutung die Verbreiterung der Basis der SPD für Deutschlands Entwicklung ist.

Der zweite Bundestag wird nicht zu einem besseren Bundestag im Sinne des sozial gerechten Ausgleiches bei der Überwindung der Kriegs- und Kriegsfolgelasten und einer auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit konzentrierten deutschen Politik werden. Obwohl die Wähler am 6. September die extremistischen Parteien von rechts und links aus dem Bundestag verbannt haben, müssen sie darauf gefasst sein, dass die demokratische Grundordnung durch die in der Partei Dr. Adenauers wirkenden autoritären Kräfte gefährdet wird. Die Gefahr der autoritären Gleichschaltung der Länderregierungen und freien Organisationen und die Bedrohung der demokratischen Grundrechte durch die Bundesregierung ist grösser geworden.

Die SPD wirbt und kämpft weiter für die Verwirklichung ihres Programms. Sie wird im neuen Bundestag unermüdlich für die soziale Sicherheit aller wirken. Sie wird sich gegen alle autoritären Bestrebungen einsetzen, die das Fundament der demokratischen Entwicklung und das Grundgesetz in seinem Wesen zu zerstören drohen. Die Sozialdemokratie wird dafür eintreten, dass der Wille des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nicht im Leerlauf propagandistischer und taktischer Manöver unfruchtbar gemacht wird, sondern zur tragenden Kraft der deutschen Politik wird.

Der Parteivorstand und der Parteiausschuss, sowie die neue Bundestagsfraktion der SPD werden in der kommenden Woche, Mittwoch, Donnerstag und Freitag zusammentreten.